

Antrag

14.10.2008

„Energieberatung in der Verbraucherzentrale
fortführen“



Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen

Der Ratsbeschluss, der die Beendigung des städtischen Zuschusses zur Energieberatung in der Verbraucherzentrale zum Ende 2009 zum Inhalt hat, wird aufgehoben.

Windthorststr. 7
48147 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10
Fax: 0251 / 8 99 58 15
ratsfraktion@gruene-muenster.de
www.gruene-muenster.de

Begründung:

Die Energieberatung in der Verbraucherzentrale hält bisher ein Beratungsangebot vor, dass sich vorbildlich mit denen anderer Einrichtungen (Umweltamt, Umweltforum) ergänzt. Derzeit werden überall in NRW die Energieberatung und entsprechende Aktionen und Kampagnen wegen fehlender Landesmittel zurückgefahren. Die Stadt Münster hat zusätzlich auf Grundlage des Rödl-Gutachtens beschlossen, den kommunalen Zuschuss in Höhe von 54.600 Euro Ende 2009 auslaufen zu lassen. Die örtliche Geschäftsstelle sah sich daraufhin gezwungen, die sehr erfolgreiche Energieberatung zu eben diesem Zeitpunkt einzustellen.

In Zeiten, in denen die Kosten für Energie überproportional wachsen, wird deutlich: Energieberatung ist mehr als je zuvor Gebot der Stunde. Gerade deshalb ist der Beschluss des Rates, die Energieberatung in Münster zum Ende des Jahres 2009 auslaufen zu lassen, nicht zeitgemäß, fachlich und politisch nicht vertretbar. Er muss deshalb möglichst schnell revidiert werden, damit für die Verbraucherzentrale die für die Fortführung erforderliche Planungssicherheit besteht.

Dafür sprechen zum einen Umweltschutzgründe. Energiegerechte Gebäudeverbesserungen, die sich zudem rechnen, sind angesichts der rasanten Klimawandels, der zum erheblichen Teil auf die Steigerung des CO₂-Ausstosses zurückzuführen ist, dringend geboten. Das vom Rat der Stadt Münster am 12.03.2008 beschlossene ambitionierte Klimaschutzziel mit einer CO₂-Reduzierung von 40% bis 2020 (Basis 1990) lässt sich ohne fachkundige Energieberatung schwerlich erreichen.

Zum anderen belasten die hohen Energiepreise besonders die einkommensschwachen Haushalte. Gerade diese Haushalte benötigen eine Beratung, die auch für sie Wege zur Energieeinsparung aufzeigt. Die Diskussion um die Grundversorgung von einkommensschwachen Haushalten hat ja gerade kürzlich noch deutlich aufgezeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht. In unserem Ratsantrag „Armen Haushalten das Energiesparen ermöglichen“ aus dem Jahre 2007 haben wir die Forderung aufgestellt, „die Verwaltung zu beauftragen, ein zielgruppengerechtes Beratungs- und Informationskonzept zum Energiesparen in armen Haushalten zu entwickeln. Dabei werden Träger wie die Verbraucherberatung, die Mieterschutzvereine, die Sozialberatungen und die Umweltverbände einbezogen.“

Die Entwicklung hat gezeigt, wie notwendig gerade auch die Beratung ist, um Verhaltensänderungen und Potentiale für persönliche Einsparpotentiale zu erkennen und in konkretes Handeln zur Energieeinsparung umzusetzen. Die Umwelt- und Verbraucherschutzverbände beziffern das gesamte Einsparpotential in den privaten Haushalten mit knapp 30 Prozent des bundesdeutschen Energieeinsatzes.

gez. Manfred Kehr
gez. Helga Bennink
gez. Wilhelm Breitenbach
gez. Dr. Brigitte Hasenjürgen
gez. Hery Klas

gez. Maria Klein-Schmeink
gez. Karina Kuschewski
gez. Jutta Möllers
gez. Jörn Möltgen
gez. Carsten Peters

gez. Tim Rohleder
gez. Ilse Schleef
gez. Dr. Rita Stein-Redent
gez. Brigitte von Schoenebeck